

2011-12-06 09:57:54

Videokonferenz & Chefarzt für Häftlinge

Justiz, Psychiatrie und IT

"Medical Tribune" Nr. 49/2011 vom 07.12.2011
Gesunde Kooperationen Justiz, Psychiatrie und IT

Seite 18 Ressort: Politik & Praxisführung

Videokonferenz & Chefarzt für Häftlinge

LINZ - Die Landes-Nervenklinik Linz ist das erste öffentliche Spital in Österreich, das einen direkten Draht zur Justiz hat. Mit Einvernahmen per Videokonferenz spart sich der Staat den Transport der Häftlinge zum Gericht und wieder zurück. Eine weitere Sparmaßnahme ist die neue Chefarztpflicht im Strafvollzug. Außerdem wird an einer Software für eine bessere forensische Dokumentation fürs Gericht gearbeitet.

Justizministerin Dr. Beatrix Karl (VP) präsentierte vor Kurzem in Linz die "Justiz der Zukunft" und stellte dabei fest: "Das BMJ kann sich heute stolz als klarer Vorreiter beim E-Government bezeichnen. Österreich liegt - auch dank unseres Beitrags - seit Jahren im internationalen Spitzenfeld in diesem Bereich." Nun sind zwei weitere Neuerungen an der Schnittstelle zwischen Justiz und Gesundheitssystem hinzugekommen. Das erste Projekt ist die Möglichkeit für Videokonferenzen, die die Kommunikation zwischen Krankenhaus und Justiz quasi auf Knopfdruck ermöglichen. Schon im Frühjahr 2011 haben alle Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizanstalten Videokonferenzanlagen bekommen. Österreichweit würden monatlich rund 200 Konferenzen stattfinden, informiert BM Karl. Nun klinkt sich mit der Linzer Landes-Nervenklinik Wagner Jauregg (LNK) auch das erste öffentliche Krankenhaus in die virtuelle Kommunikation ein. Die Patienten müssten nicht mehr in ihr "Stammhaus" zur Einvernahme, es falle damit ein aufwendiger Transport durch Justizwachebeamte weg, erläuterte die Justizministerin die Vorteile. Reise- und Verwaltungskosten würden eingespart, die Verfahren in vielen Fällen beschleunigt und die Anreise betroffener Bürger zum Gericht erleichtert werden - dazu komme auch ein "Sicherheitsplus".

Warum es gerade die Linzer LNK ist, die hier federführend mitmacht, erklärte Primar Prof. Univ.-Doz. Dr. Werner Schöny, Ärztlicher Direktor des Spitals: Wegen der steigenden Patientenzahlen wurde 2005 an der LNK eine eigene forensische Abteilung eingerichtet - das ist österreichweit einzigartig. Ein interdisziplinäres Team behandelt psychisch kranke, schuldfähige Rechtsbrecher, Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge. Die Zuweisungen kommen von Unterbringungsabteilungen des Hauses bzw. auf Beschluss des Untersuchungsrichters von Justizanstalten. Die durchgängige therapeutische Behandlung entspreche moderner medizinischer, pädagogischer, psychologischer und psychotherapeutischer Kriterien, hob Prof. Schöny hervor, "klare Strukturen und ein geregelter Tagesablauf geben den Patientinnen und Patienten Halt, vermitteln aber zugleich auch Grenzen". Ziel der Forensik - als wichtige Schnittstelle zwischen Psychiatrie und Gericht - sei die Rückfallprophylaxe. In der LNK betrage die durchschnittliche Aufenthaltsdauer drei Jahre. Die Entlassung werde sorgfältig geplant und finde in enger Kooperation mit den Gerichten statt. Bei Bedarf gebe es ambulante Nachbehandlungen. Die Auslastung der 52-Betten-Abteilung beträgt laut Prof. Schöny mehr als 90 Prozent.

Generika und Chefarzt

Die zweite Neuerung ist die Einführung einer Chefarztpflicht für die Häftlinge ab 2012. "Die knapp 9000 Insassinnen und Insassen des Straf- und Maßnahmenvollzuges werden von uns selbstverständlich medizinisch betreut", betonte die BMJ-Chefin. Die Kosten für Medikamente, Zahnersatz und Heilbehelfe in den Anstalten würden sich auf rund 7,5 Mio. Euro, die Versorgung in

öffentlichen/psychiatrischen Spitälern auf mehr als 40 Mio. jährlich belaufen, berichtete BM Karl. Um hier "ohne Qualitätsverlust" kostengünstiger zu werden, will das Ministerium einerseits das Einsparpotenzial durch Verordnen von Generika nutzen. Andererseits werde es einen bei der Vollzugsdirektion angesiedelten Chefarzt geben, der bei gewissen Medikamentenverschreibungen zu kontaktieren ist. Die neuen Maßnahmen, für die künftig ein EDV-gestütztes, medizinisches Info-System zur Verfügung steht, sollen die bislang stets steigenden Kosten stabilisieren oder "womöglich" sogar eine Trendumkehr bewirken. "Die Ergebnisse aus einem Pilotprojekt dazu waren äußerst erfreulich", so die Justizministerin. Forschungs- und Bildungs-Landesrätin Mag. Doris Hummer (VP) stellte anlässlich der Tagung "Justiz der Zukunft" auch mehrere vom Land Oberösterreich unterstützte Projekte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie vor. So forscht etwa die Abteilung Medical der RISC Software GmbH gemeinsam mit dem Ludwig Boltzmann Institut für Klinisch-Forensische Bildgebung daran, klinische und forensische Daten exakt für die Präsentation und Dokumentation vor Gericht aufzubereiten. Um die Infos auch für anatomische bzw. radiologische "Laien" gut zu veranschaulichen, soll eine neue Software ermöglichen, z. B. Verletzungen auf 3D-Referenzfiguren einzuzeichnen. Gro

Justizministerin Dr. Beatrix Karl mit Prim. Univ.-Doz. Dr. Werner Schöny (LNK Linz) und LR Mag. Doris Hummer in Linz.